

KINDER BRAUCHEN CHANCEN UND PERSPEKTIVEN

Aktuelle Infos zur hessischen Bildungspolitik finden Sie unter:

www.spd-fraktion-hessen.de



Thorsten Schäfer-Gümbel sucht als Oppositionsführer im Hessischen Landtag aktiv die Auseinandersetzung mit der Landesregierung. Hart in der Sache und fair im Ton, geht es ihm um eine neue Politik für Hessen: modern in den Inhalten und konstruktiv im Stil. „Niemand wird zurückgelassen“, lautet das Grundprinzip seiner Politik – egal ob in der Schul- und Bildungspolitik, der Sozial- oder der Arbeitsmarktpolitik. Das heißt auch: Jedes Kind muss die Chance auf bestmögliche Bildung erhalten – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Impressum

Herausgeber: Gert-Uwe Mende (V. i. S. d. P.), SPD-Landtagsfraktion, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350-519, Fax: 0611/350-511
www.spd-fraktion-hessen.de, info@spd-fraktion-hessen.de
Erscheinungsdatum: Oktober 2012
Redaktion: Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit
Martin Rabanus, Referent für Bildung
Gestaltung: augenfällig, Wiesbaden
Titelbild: © contrastwerkstatt – Fotolia.com



VOR DEM ENDSPURT? WANN KOMMT DER ISLAMISCHE RELIGIONSUNTERRICHT?

Gerhard Merz, MdL

Die Geschichte der Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen ist eine Geschichte der Widersprüche und Widerstände innerhalb der schwarz-gelben Koalition. Vor allem der ehemalige bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Hans-Jürgen Irmer hat keine Gelegenheit ausgelassen, gegen das von den Konservativen misstrauisch beäugte Projekt anzustänkern, mit Wissen und Billigung seines ebenfalls dem rechtskonservativen Lager zuzuordnenden Fraktionschefs Wagner.

Trotzdem macht die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts, wie er dem Grundgesetz und der Hessischen Verfassung entspricht, die den Religionsunterricht garantieren, Fortschritte. Die islamischen Verbände und die Landesregierung haben sich in den vergangenen Jahren, manchen Missverständnissen und Irritationen zum Trotz, aufeinanderzubewegt und eine den verfassungsrechtlichen Erfordernissen genügende Lösung gefunden. Zwei Verbände

haben den Weg zu einer Religionsgemeinschaft nach deutschem Recht beschritten. Eine Prüfung ihres Status sowohl in religionswissenschaftlicher als auch staats- und verfassungsrechtlicher Hinsicht hat stattgefunden. Die grundsätzliche Eignung dieser beiden Organisationen, als Religionsgemeinschaften Partner des Staates zu sein, ist festgestellt worden. Bei positivem Fortgang der Prüfung, die ausschließliche Sache der Verwaltung ist und keiner politischen Entscheidung mehr unterliegt, besteht ein verfassungsrechtlicher Anspruch dieser beiden Organisationen, Unterricht in eigener Verantwortung, aber unter Aufsicht des Staates an hessischen Schulen anzubieten. Es besteht Hoffnung, dass sich auch Angehörige anderer Verbände anschließen werden, zumal es ein Curriculum gibt, auf das sich alle am Runden Tisch Islamischer Religionsunterricht vertretenen Verbände geeinigt haben.

Ende gut, alles gut? Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit muss man sagen: Vielleicht! Hoffentlich!

DAS GRUNDGESETZ UND DIE HESSISCHE VERFASSUNG GARANTIEREN EINEN BEKENNTNISORIENTIERTEN ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHT.



SCHULZEIT IST ZU ENDE – WAS NUN?

Dr. Michael Reuter, MdL

Der aktuelle Bildungsbericht des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) hat festgestellt, dass nur etwa die Hälfte der Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule – mit oder ohne erfolgreichen Abschluss – verlassen, eine Berufsausbildung im dualen System durchlaufen. Ein Drittel der Schulabgänger findet sich jedoch in Übergangssystemen wieder.

Während viele Wirtschaftsverbände und Institutionen den bestehenden bzw. drohenden Fachkräftemangel beklagen, leistet sich unsere Gesellschaft den unglaublichen Luxus, betroffenen Jugendlichen sinnlose Warteschleifen zuzumuten. Dies ist sicher nicht förderlich für ihr Selbstwertgefühl. Um dieses Problem grundlegend zu lösen, brauchen wir eine gute, individuell fördernde schulische Allgemeinbildung, die mehr ist als eine reine Vorbereitung auf Beruf oder Arbeitswelt. Notwendig ist, dass alle Jugendlichen gemeinsam bis zur 10. Klasse in echten

Ganztagsschulen lernen. Schulen müssen nicht nur einen Schulabschluss gewährleisten, sondern sind für den Erwerb von Grundkompetenzen verantwortlich. Sie haben den Übergang in die Ausbildung und das Erwerbsleben ohne zusätzliche „Warteschleifen“ sicherzustellen. Unser Bildungssystem hat dafür Sorge zu tragen, dass vollschulische Berufsausbildungen in staatlicher Verantwortung in Kooperation mit freien Bildungsträgern organisiert werden, damit jede/r Jugendliche unabhängig von betrieblichen Einzelentscheidungen einen Berufsausbildungsplatz erhält. Die hessische SPD wird diesen Systemwechsel nach der Regierungsübernahme 2013/2014 in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen weg von Übergangssystemen und hin zu einem grundlegend neuen Ansatz für die schulische Bildung und Ausbildung: Unser Ziel ist, alle Potenziale junger Menschen mit ihren Stärken und Schwächen im Blick zu behalten.

JUGENDLICHE MÜSSEN GEMEINSAM BIS ZUR 10. KLASSE IN ECHTEN GANZTAGSSCHULEN LERNEN.

HESSENGERECHT.



SCHULINFO

DER SPD-LANDTAGSFRAKTION HESSEN ZUR BILDUNGSPOLITIK 2012



EDITORIAL

Kehren neue Besen wirklich besser?

Für Überraschung hat der handschlagartige Wechsel an der Spitze des Kultusministeriums auf jeden Fall gesorgt. Ob die zahlreichen Baustellen in der hessischen Bildungslandschaft jetzt endlich geräumt werden, bleibt aber fraglich. Die 105-prozentige Lehrerversorgung hat sich im Staub zahlreicher Bauvorhaben verflüchtigt. Immerhin ist Kultusministerin Beer so realistisch, das Wahlversprechen, dessen Umsetzung bis 2013 angekündigt war, ab sofort als zeitlich unbestimmtes Vorhaben zu definieren. Wie die zahlreichen Aufgaben von den Schulen bewältigt werden sollen, die mit den 105 Prozent verknüpft waren, bleibt ihr Geheimnis.

Selbstständige Schule, Beteiligung der beruflichen Schulen am Hessencampus, individuelle Förderung und Schulsozialarbeit – dafür genügt es nicht, eine bessere Ausstattung nur anzukündigen. Ministerpräsident Bouffier hat mit seinem Bestreben, das Thema verkürzte Mittelstufe in G8 zu entschärfen, seiner neuen Kultusministerin ohne Zögern eine neue Schutthalde vor die Tür gefegt. Wahlfreiheit für Gymnasien zwischen G8 und G9, wenn ja, unter welchen Bedingungen, wer darf wählen, wie werden die Eltern einbezogen, ist die Ankündigung einer weiteren Überprüfung von Kerncurricula einmal mehr eine oberflächliche Schönheitsreparatur? – nicht nur die Betroffenen waren gespannt auf das Ergebnis der Prüfung und sind enttäuscht.

Verzögerter Ausbau von Ganztagschulen, die Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner über die Einführung des islamischen Religionsunterrichts und der Auftrag für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte Behinderter – da bleibt es ein Rätsel, mit welchen Superlativen der Schuljahresbeginn von der neuen Kultusministerin kommentiert wurde. Die jährlich stolz verkündeten Zahlen verschleiern, dass nur wenige Kinder an wenigen Tagen Ganztagsangebote nutzen können. Ganztagschulen, die die Chance für individuelles Fördern und mehr Zeit zum Lernen geben, bleiben in Hessen Mangelware.

Mit vielen Worten hat Kultusministerin Beer das Schuljahr 2012/2013 gewürdigt. Antworten auf die offenen Fragen hat sie nicht gegeben.



Heike Habermann, MdL
Bildungspolitische Sprecherin



SCHULPOLITIK IN SCHIEFLAGE

SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

Vieles läuft schief in der schwarz-gelben Schulpolitik in Hessen. Die Auswechslung der Kultusministerin hat nicht etwa zu mehr Ruhe geführt, sondern zu noch mehr Durcheinander. Größte Verunsicherung gibt es bei der Dauer der Mittelstufe an Gymnasien – sprich G8 oder G9. Mit dem Landesschulamt wird ein Bürokratiemonster in die Welt gesetzt, das Schüler, Eltern und Kindern nichts nützt. Und beim zentralen Thema Ganztagschule gibt es keinerlei Fortschritte.

So entsteht der Eindruck, dass die Schulen den Murks der Landesregierung ausbaden müssen.

Aus Umfragen wissen wir, dass rund 90 Prozent aller Eltern für ihre Kinder eine sechsjährige Mittelstufe wünschen. Trotzdem hat die CDU-FDP-Koalition einen Gesetzentwurf vorgelegt, der am Ende nicht den Eltern Wahlfreiheit gibt, sondern die Verantwortung auf die Schulen und die Schulverwaltung delegiert.

Die CDU hat anscheinend begriffen, dass G8 ein Riesenfehler war. Schwarz-Gelb hat eine ganze Schülergeneration zu Versuchskaninchen gemacht – gegen alle Warnungen. Die notwendige Konsequenz aus dem Scheitern zieht sie jedoch nicht. Das wäre die allgemeine Rückkehr zu G9, damit Kinder genug Zeit zum Lernen, für ihre Freunde, für Vereine und sich selbst haben.

Schüler, Eltern und Lehrer warten dringend darauf, dass die richtigen Dinge angeschoben werden: Vor allem brauchen unsere Kinder mehr Zeit zum Lernen, deswegen wollen wir echte Ganztagschulen und eine sechsjährige Mittelstufe. Und wir wollen eine Landespolitik, die Schüler, Eltern und Lehrer als Partner begreift und mit ihnen zum Wohle der Kinder an einem Strang zieht.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten-Schäfer-Gümbel, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender



LEBENSBEGLEITENDES LERNEN FÖRDERN

Lisa Gnagl, MdL

Hessen nimmt laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung im Vergleich der Bundesländer beim Angebot von Ganztagschulen einen der letzten Plätze ein. Zusammen mit dem Saarland ist Hessen bei den gebundenen Ganztagsangeboten Schlusslicht. Dabei leisten verlässliche Ganztagschulen sowohl einen wichtigen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch zu mehr Chancengleichheit für alle Kinder in unserem Bildungssystem. Denn Ganztagschulen geben mehr Raum für entdeckendes Lernen, individuelle Förderung und die persönliche Entwicklung.



ORTSNAHE SCHULÄMTER ERHALTEN!

Brigitte Hofmeyer, MdL

Schulverwaltung verlangt Entscheidungskompetenz vor Ort. Deshalb ist die Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung falsch, staatliche Schulämter, das Amt für Lehrerbildung und das Institut für Qualitätsentwicklung zu einem Landesschulamt zu verschmelzen! Durch ein zentralistisches,

Die SPD-Fraktion in Hessen setzt sich deshalb für einen forcierten Ausbau echter Ganztagschulen ein. Dazu zählt auch ein neuer Schulrhythmus, bei dem sich Unterricht, Förderung, Sport und Freizeit abwechseln. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die SPD-Fraktion einen eigenen Haushaltsplanentwurf eingebracht und zehn Millionen Euro jährlich für den Ausbau von Ganztagschulen vorgesehen – solide gegenfinanziert und unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse. Wir zeigen, wie mit der richtigen politischen Schwerpunktsetzung ein verlässliches Ganztagschulangebot in Hessen realisiert werden kann.

von Kultusbürokratie überladenes Schulamt in Wiesbaden werden die bewährten, regional verwurzelten Schulämter zu unselbstständigen Servicestellen degradiert. Die Schließung einzelner Schulämter ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit.

ZENTRALISMUS FÜHRT NUR ZU MEHR ÜBERFLÜSSIGER BÜROKRATIE.



INKLUSION UNERWÜNSCHT

Heike Habermann, MdL

Wer ein inklusives Schulsystem will, muss um gesellschaftliche Akzeptanz werben. Lehrkräfte, insbesondere an den allgemeinbildenden Schulen, müssen für ein Konzept gewonnen werden, das auf Vielfalt und Heterogenität aufbaut und auf Ausgrenzung verzichtet. Und Eltern muss das Vertrauen gegeben werden, dass ihr Kind bestmöglich gefördert wird. Dies gilt für die Ängste und Vorbehalte der Eltern von altersgemäß entwickelten Kindern ebenso wie für die Eltern behinderter, lernbeeinträchtigter oder sonderpädagogischer Förderung bedürftiger Kinder.

Diese Erkenntnis hat auch die Hessische Landesregierung – aber sie tut alles, um

Vertrauen zu zerstören und Akzeptanz zu verhindern. Fakt ist, dass die neue Verordnung zur inklusiven Beschulung zu mehr Verunsicherung und Ängsten führt. Die Unterrichtsverpflichtung für Förderschullehrkräfte wurde erhöht und die Klassengröße in inklusiven Klassen wird erhöht. Dieser Ressourcenvorbehalt verhindert, dass der Elternwille über die Beschulung von Kindern mit Förderbedarf entscheidet. Denn die meisten Anträge auf Beschulung in der Regelschule werden nicht aus pädagogischen Gründen abgelehnt, sondern weil notwendige Lehrerstunden fehlen. Für die Umsetzung der UN-Konvention brauchen Schulen Unterstützung. Diese Landesregierung ist dazu nicht bereit.

INKLUSION IST EIN MENSCHENRECHT UND EINE CHANCE FÜR JEDE SCHULE.

ständigkeits auch in Zukunft kompetente Ansprechpartner mit Entscheidungsbefugnis in ihren örtlichen Schulämtern finden. Die gute Zusammenarbeit und die kurzen Wege

zwischen Schulämtern, Schulen und Schulträgern wurden unnötig aufs Spiel gesetzt. Die SPD-Fraktion will kleinere Schulstandorte durch individuelle Konzepte bzw. flexible Zuweisungen erhalten. Diesen Weg können regionale Schulämter am besten begleiten.